

Sende-Sperrfrist: 28. April 2016, 10:30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

PRESSESTATEMENT

von

Anton F. Börner

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

Bewährungsprobe! Zwischen globalen Lieferketten und zunehmender Fragmentierung

Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels

Berlin, 28. April 2016, 10:30 Uhr
Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit neuen Rekorden hat die deutsche Außenwirtschaft das Vorjahr 2015 abgeschlossen. Diese Leistung ist kaum zu ermessen angesichts der seit geraumer Zeit sowohl in Anzahl wie auch Umfang zunehmenden, wachstumshemmenden Risikofaktoren, denn

- in einigen großen Ländern der EU sind die dringend nötigen Strukturreformen immer noch nicht oder allenfalls in Ansätzen auf den Weg gebracht;
- es herrscht eine tiefe Vertrauenskrise in die europäischen und internationalen Institutionen;
- die Exporte in die Volksrepublik China sind erstmalig wieder zurückgegangen;
- der Nahe und Mittlere Osten ist so krisengeschüttelt wie seit Jahrzehnten nicht mehr;
- und die Volkswirtschaften in Lateinamerika aber auch in Russland und Afrika sind vom Rohstoffpreisverfall tief gezeichnet.

Für das laufende Jahr 2016 erwarten wir dennoch erneut ein Wachstum von bis zu 4,5 Prozent bei den Exporten und um bis zu 4 Prozent bei den Importen. Mit Ausfuhren im Wert von 1250 Milliarden Euro und Einfuhren im Wert von 986 Milliarden Euro werden wir auch 2016 wieder neue Rekorde im Außenhandel erreichen.

Diese einzigartige Erfolgsserie ist nur möglich, weil die deutschen Unternehmen sowohl regional als auch mit ihrem Produktportfolio sehr breit aufgestellt sind und auf diese Weise eine Risikostreuung vornehmen. Dabei profitiert gerade Deutschland von seiner Offenheit und dem Freihandel, denn ohne günstige Zulieferungen aus der ganzen Welt, wären die deutschen Maschinen und Autos schon lange nicht mehr wettbewerbsfähig. Umso unverständlicher sind die diffusen Sorgen und Ängste hinsichtlich weiterer Handelsabkommen wie TTIP, ich komme darauf später noch einmal zu sprechen.

Schaut man sich die Zahlen genauer an, so muss man grundlegende Änderungen der außenwirtschaftlichen Rahmenwerte Deutschlands konstatieren. Frankreich ist nicht mehr unser größter Absatzmarkt. Vielmehr ist der Anteil der Exporte in die Länder der Eurozone insgesamt von 47 Prozent im Jahr 1995 auf 36 Prozent im Jahr

2015 gesunken. Bildeten nach der Finanzkrise 2008-2010 noch die BRIC-Staaten einen Stabilitätsanker, so ist mittlerweile davon nichts mehr zu spüren. Wo kommt nun aber das Wachstum her? Nicht von ungefähr haben die Vereinigten Staaten von Amerika Frankreich als größten Kunden für deutsche Produkte abgelöst. Die Ausfuhren in die USA stiegen im vergangenen Jahr um sage und schreibe 19 Prozent und damit um 18 Milliarden Euro auf 114 Milliarden Euro an. Aber auch die europäischen Länder außerhalb der Eurozone, sprich England, Ungarn, Polen oder die Tschechische Republik weisen fast alle zweistellige Wachstumsraten auf. Gleichzeitig hat sich aber auch die Nachfrage aus den großen Volkswirtschaften der Eurozone, wie Italien, Spanien oder Frankreich stabilisiert. Damit sind die wichtigsten Absatzmärkte für Deutschland im vergangenen Jahr die USA, Frankreich, England und China gewesen. Einfuhrseitig behauptet China weiterhin unangefochten die Spitzenposition, gefolgt von Frankreich, England und Italien. Die Niederlande spielt auf beiden Seiten durch den Rotterdam-Effekt eine Ausnahmerolle. Was die Handelsgüter angeht, so gibt es keine Änderungen weder in der Struktur der Aus- als auch der Einfuhren. Die wichtigsten Ausfuhrüter waren 2015 Kraftwagen mit 19 Prozent, gefolgt von Maschinen mit 14 und Chemischen Erzeugnissen mit 9 Prozent. Die wichtigsten Einfuhrüter waren Computer bzw. Datenverarbeitungsgeräte mit 11 Prozent, Kraftwagen und Kraftwagenteile mit 10 Prozent und Chemische Erzeugnisse mit 8 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

noch nie in der Geschichte der Weltwirtschaft waren die Lieferketten so global aufgestellt wie heute. Gleichzeitig verstärkt sich der Trend immer mehr, globale Herausforderungen national anzugehen beziehungsweise sich aus innenpolitischen Überlegungen einer internationalen Lösung zu verschließen.

Insbesondere sind auch die Institutionen der EU nicht krisenfest, sondern nur für schönes Wetter gebaut. Die Grexit-Frage ist weiterhin eine Hängepartie, hinzu gesellt sich inzwischen das Schreckgespenst eines Brexit – mit kaum absehbaren Folgen für die Architektur und Statik der Europäischen Union.

Das Öffnen der Geldschleusen durch die EZB vertagt bislang die Zerreißprobe für Europa, jedoch mit erheblichen Nebenwirkungen: Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger nationaler Wirtschaften und die anhaltend unsoliden Staatsfinanzen auch großer Euroländer werden weiterhin nur unzureichend durch notwendige strukturelle Reformen angegangen. Die derzeitigen geopolitischen Unsicherheiten, gepaart mit dem anhaltend fragilen Finanzsystem führen in der Konsequenz zu einer schwachen privaten und öffentlichen Investitionstätigkeit.

Den Unternehmen bleibt in der derzeitigen Situation trotz gut laufender Geschäfte gar nichts anderes übrig, als auf Sicht zu fahren. Der globale Wachstumspfad kommt zwar nicht zum Erliegen, jedoch wird er empfindlich abgebremst. So geht die Welthandelsorganisation für 2016 mittlerweile nur noch von einem Welthandelwachstum in Höhe von 2,8 Prozent aus.

Meine Damen und Herren,

einige Großbaustellen möchte ich explizit ansprechen:

Die anhaltend niedrigen Rohstoffpreise haben weltweit ihre Spuren hinterlassen. Die mangelnden Rohstoffeinnahmen und der Wechselkursverfall belasten beispielsweise die russische Wirtschaft deutlich stärker als alle Sanktionen. Während 2012 die Exporte nach Russland noch 38 Milliarden Euro betragen, sanken diese jährlich immer stärker – 2013: - 6,0 Prozent; 2014: - 18,4 Prozent; 2015: - 25,5 Prozent. Im vergangenen Jahr beliefen sie sich damit nur noch auf knapp 22 Milliarden Euro - und haben sich innerhalb weniger Jahre fast halbiert. Katastrophal hat es aber auch Länder wie Nigeria, Venezuela oder Algerien getroffen. Aufgrund von Devisenknappheit führt dies nicht einfach nur zu einem Rückgang der Nachfrage nach deutschen Produkten. Vielmehr steigen die nichttarifären Handelshemmnisse, um unsinnigerweise hierüber Warenflüsse zu kontrollieren. Die Vielfalt an technischen Hürden, wie beispielsweise die Auslegung der Bestimmungen zum Erwerb bestimmter Importlizenzen in Algerien, führen zu einem deutlichen Anstieg der unproduktiven Transaktionskosten bei den Unternehmen.

Hingegen verfügen die Golfstaaten noch über ausreichende Devisenreserven, so dass die durchaus tiefgreifenden Einschnitte in den Haushalten noch kompensiert werden können. Das größere Problem sind hier die geopolitischen Unwägbarkeiten.

Aufgrund der Vielzahl von zwischenstaatlichen, aber auch innerstaatlichen Konflikten fallen weite Teile der Region als Absatzmarkt für deutsche Produkte aus beziehungsweise ist die Marktbearbeitung vor Ort unter Risikoaspekten nicht vertretbar. Umso entscheidender war es, dass mittels klassischer Diplomatie eine Einigung im Atomstreit mit dem Iran erzielt werden konnte. Für die Stabilität in der Region ist dies unseres Erachtens eine Grundvoraussetzung. Gleichwohl wird der Finanzbedarf des Landes den Druck auf eine Ausweitung der Ölmenge und damit auf den Ölpreis erhöhen. Vielerorts herrschte in der europäischen Wirtschaft mit Blick auf den Iran in den vergangenen Monaten Goldgräberstimmung, die nun aber durch fehlende Finanzierungsmöglichkeiten ausgebremst wird. Bei der iranischen Wirtschaft handelt es sich um die einzige wirklich diversifizierte Wirtschaft in der Golfregion. Jedoch konnten seit über einem Jahrzehnt die notwendigen Investitionen in die Produktionsanlagen nicht getätigt werden, weswegen nun ein enormer Nachholbedarf besteht. Aufgrund der hohen Strafen, die deutsche Finanzinstitute zahlen mussten, obwohl sie nicht gegen das deutsche Außenwirtschaftsrecht oder europäische Embargoverordnungen verstoßen hatten, sondern in den Bereich der extraterritorial wirkenden US-Sanktionen hineingelangten, sind alle Beteiligten überaus zurückhaltend.

Die Rohstoffpreise haben aber nicht nur eine Angebotsseite, sondern eben auch eine Nachfrageseite. Und hier spielt die Volksrepublik China die entscheidende Rolle. Das Land befindet sich in einem gewaltigen Transformationsprozess und muss versuchen, den Sprung aus der sogenannten „middle income trap“ zu schaffen. War China früher noch die Werkbank der Welt, so haben die Lohnentwicklungen, Produktionskosten aber auch zunehmende Umweltauflagen Wettbewerbsvorteile zunichte gemacht. In der Konsequenz mündet das in einen weltweiten Einbruch bei der Nachfrage nach Rohstoffen und dem damit einhergehenden Preisverfall. Nun ist es notwendig, die Wirtschaft von einer arbeits- zu einer kapital- und wissensintensiven Wirtschaft umzubauen, um so der Verschiebung der komparativen Kostenvorteile entgegenzuwirken. Über die letzten Jahre wurden gewaltige Überkapazitäten aufgebaut. Im Vordergrund stand reine Masse statt Effizienz, auch um möglichst viele Menschen in Lohn und Brot zu bringen. Die deutsche Wirtschaft hat gut daran verdient, die notwendigen Maschinen zu liefern. Der Rückgang der Exporte um 4 Prozent lässt aber darauf schließen, dass diese Entwicklung ein Ende

hat. Dabei kommt Deutschland noch glimpflich davon. Stärker trifft es die asiatischen Nachbarländer, da viele Lieferstrukturen über Asien verteilt sind. Die Schwierigkeit besteht nun jedoch darin, diese Überkapazitäten abzubauen, ohne soziale Verwerfungen hervorzurufen.

Meine Damen und Herren,

die WTO bildet den wichtigsten Rahmen für den weltweiten Handel. Sie gibt für alle ihre Mitglieder gleichermaßen die Regeln vor und schafft so ein multilaterales System, an das sich alle halten müssen. Derweil steht das System unter Druck, denn die Doha-Verhandlungsrunde konnte auch beim letzten Treffen in Nairobi nicht zu einem Abschluss gebracht werden.

Eine multilaterale Verständigung auf einheitliche Verbraucherschutzregeln und technischen Normen wäre von enormer Bedeutung. Besonders wir sollten die Chance nutzen, solche Regeln mitzugestalten anstatt uns abzuschotten. Dies gilt gerade auch mit Blick auf TTIP, nachdem man sich andernorts schon im Rahmen des Transpazifischen Partnerschaftsabkommen auf gewisse Standards geeinigt hat, auf die wir aber eben keinen Einfluss haben.

Das transatlantische Abkommen ist nicht nur gut für alle in Europa und den USA, sondern auch für alle anderen Länder. Ein erfolgreicher Abschluss bedeutet einen Gewinn an Wohlstand, Sicherheit und Stabilität, den wir nicht aus diffusen Ängsten kaputt machen sollten. Denn es geht um viel mehr als nur zukünftige Geschäfte, wenn sich die zwei globalen Schwergewichte Europa und USA mit ihren gemeinsamen Wertvorstellungen von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten auf gemeinsame Regeln verständigen.

Die Europäische Kommission muss hier auch weiterhin Kurs halten und als Vorbild vorangehen. Mit aller Kraft muss man sich gegen eine Abschottungspolitik nach außen, aber auch innerhalb der Mitgliedstaaten wehren. Mit großer Sorge haben wir in diesem Zusammenhang das Referendum in den Niederlanden zum Assoziierungsabkommen mit der Ukraine verfolgt, wurde es doch missbraucht durch populistische und nationalistische Kräfte.

Der Krisenmarathon in Europa testet nicht zuletzt alle europäischen Institutionen, deren Reform dringender denn je ist. Denn nur durch ein funktionierendes Europa, das in der Lage ist, Herausforderungen wie die Schulden- oder Flüchtlingskrise gemeinschaftlich zu lösen, entsteht wieder Vertrauen der Menschen zu Europa. Eben dieses ist jedoch Grundvoraussetzung, um den populistischen und nationalistischen, auf Abschottung ausgerichteten Kräften den Boden zu entziehen.

Das Gleiche trifft aber auch auf die internationalen Governance- Strukturen zu. Die zunehmende Fragmentierung von Wirtschaftsregionen durch handelspolitische Strukturen führt zu immer komplexeren Verfahren, dem Ausschluss von nichtbeteiligten Wirtschaftsräumen und weiter ansteigenden Transaktionskosten für Unternehmen. Auf die USA und die EU entfallen gemeinsam etwa 50 Prozent der Weltproduktion und ein Drittel des weltweiten Waren- und Dienstleistungshandels. Gerade hier haben wir die Möglichkeit mitzugestalten anstatt durch andere Abkommen vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Diese Möglichkeit dürfen wir uns jetzt nicht entgehen lassen, denn die Zukunft birgt zahlreiche Risiken. Die Wahlen in den USA sind dabei nur ein Faktor.

Die Zentrifugalkräfte innerhalb der EU nehmen zu und setzen die innereuropäischen Strukturen weiter massiv unter Druck. Ein Brexit hätte fatale Folgen für die ordnungspolitische Grundausrichtung der EU, denn eine maßgebliche liberale Stimme würde fehlen.

Sollte 2017 in Frankreich der bisherige Wirtschaftsminister Macron für die Präsidentschaft kandidieren und auch gewählt werden, bestünde die berechtigte Hoffnung, dass Frankreich endlich die überfälligen Wirtschafts- und Sozialreformen angehen wird. Dies könnte eine Strahlkraft auch auf Italien und Spanien haben und würde somit Europa einen Riesenschritt nach vorne bringen. Denn damit würden diese Länder wieder wettbewerbsfähiger und Europa wieder stärker. Die Unterschiede zwischen Nord und Süd würden geringer. Der Euro würde in diesem Fall gestärkt und wäre gerettet. Europa würde damit im 21. Jahrhundert ein starker und einflussreicher Kontinent. Die Sozialsysteme und die Altersversorgung würden massiv gestärkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Weltwirtschaft durchläuft eine Neuausrichtung und testet die bestehenden Strukturen an allen Ecken und Enden. Über die vergangenen zwei Jahrzehnte hat sich mit China in Ostasien eine wirtschaftliche Großmacht entwickelt, die nun in einem Transformationsprozess mit ungewissem Ausgang steckt. Die Entwicklungen an den Rohstoffmärkten decken schonungslos die strukturellen Schwächen in den Volkswirtschaften Lateinamerikas, Afrikas und des Nahen Ostens auf. Die geopolitischen Konflikte haben gleichzeitig zu Fluchtbewegungen geführt, mit denen die europäischen Institutionen nicht gerechnet haben, geschweige denn, dass sie darauf vorbereitet waren. So reiht sich innerhalb Europas eine Krise an die nächste, ohne das vorangegangene gelöst sind und offenbart die enormen strukturellen Defizite der europäischen Institutionen.

Die Annahme, dass diese globalen Herausforderungen jedoch durch eine Rückbesinnung auf den Nationalstaat zu lösen sind, ist ein vollkommener Trugschluss. Nur gemeinsam werden wir sie meistern können. Europa benötigt ein deutliches Mehr an Mut und Ambitionen. Bislang meistern lediglich die Unternehmen diese Bewährungsprobe.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!